

Schwarze Töchter und rote Brüder

Eine Tagung des SPD-Arbeitskreises „Landesplanung“ in Oeding zeitigte erfreuliche Folgen: Die SPD-Parlamentarier konnten den Praxisbezug ihres (nicht zu ernst zu meinenden) theoretischen Themenschwerpunkts erproben, und zwar abends mit dem Damenkegelklub „Gassenkinder“, der zufällig im selben Restaurant tagte. Das Zusammentreffen der nach Selbsteinschätzung „schwarzen Töchter und roten Brüder“ verlief so fröhlich, daß die „Gassenkinder“ dem SPD-Arbeitskreis jetzt einen Gegenbesuch im Landtag abstatteten. Bernd Feldhaus, Münsteraner und einer der Arbeitskreismitglieder, dichtete zu diesem Anlaß:

*Oh, schwarze Töchter
kommt doch öfter
an den Rhein.*

*Wir möchten Euch gern engagieren,
zu roten Schwestern reformieren.*

Das wär fein.

*In Oeding und am Schwanenspiegel
pulst rotes Blut.*

*Darauf geb'n wir Euch Brief und Siegel
wir Sozis sind Euch gut.*

Forschungszentrum . . .

Fortsetzung von Seite 7

Die Beurlaubungen des gemeinsam mit der Universität – Gesamthochschule – Paderborn berufenen und eingestellten wissenschaftlichen Personals sind aufzuheben. Die bei der Universität – Gesamthochschule – Paderborn (Kapitel 06230) vorhandenen Leerstellen werden in entsprechende Planstellen bei Kapitel 06230 teilweise umgewandelt. Um den Aufbau des Faches „Arbeitswissenschaft“ an der Universität Bochum weiterführen zu können, werden zwei Planstellen der Besoldungsgruppe C4 (Professor), eine Planstelle der Besoldungsgruppe A13 (Akademischer Rat) und zwei Stellen der Vergütungsgruppe VIb (Bürohilfskräfte) eingerichtet. Des weiteren wird eine Stelle der Vergütungsgruppe VIb für den Lehrbereich „Geschichte der Arbeiterbewegung“ eingerichtet. Die Deckung dieses Stellenzuges erfolgt aus einer ebenfalls umgewandelten, zur Zeit unbesetzten Stelle der Besoldungsgruppe A14 (Akademischer Oberrat) des Forschungs- und Entwicklungszentrums.

Ferner wurde ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt, Paragraph 6a des Entwurfes des Haushaltsgesetzes zu streichen. Dieser Paragraph sieht vor, die Rechtsgrundlage für die Verordnungen zur Durchführung von Neuordnung und Konzentration durch den Wissenschaftsminister zu schaffen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion stößt die vorgesehene Regelung auf verfassungsrechtliche, hochschulrechtliche und finanzrechtliche Bedenken (zum Beispiel Hochschulautonomie, Bepackungsverbot). Für die SPD-Fraktion ist der vorgesehene Regelungsvorschlag rechtlich zweifelsfrei und geeignet, die Maßnahmen zur Konzentration und Neuordnung von Studiengängen abzusichern.

Porträt der Woche

„Da hängt ein Haufen Arbeit dran“, sagt Karl-Heinz Schnepel und meint seine Aktivitäten im Petitionsausschuß des Düsseldorfer Landtags. Diese Belastung hat er sich allerdings selber gewählt.

Ursprünglich war der SPD-Abgeordnete Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung. Das hat ihm zwar auch Freude gemacht, doch als sich die Möglichkeit ergab, tauschte er seinen Platz doch lieber gegen ein Mandat im Petitionsausschuß.

Sein Argument dafür: „Mehr als in jedem anderen Gremium hat man im Petitionsausschuß die Möglichkeit, dem Bürger direkt zu helfen.“ Diese pragmatische Arbeit ist für den altgedienten Kommunalpolitiker zudem das richtige Betätigungsfeld.

Alle 14 Tage hat er so zwischen sechs und acht Petitionen zu erledigen, und obwohl dabei so manches Wochenende draufgeht, tut es Karl-Heinz Schnepel nicht leid, daß er diese Wahl getroffen hat. „An jedem einzelnen Fall hängt doch ein Einzel-schicksal“, meint er.

Der gelernte Former ist 1980 in den Landtag eingezogen. Wie er versichert, ist er gern Landtagsabgeordneter. „Die Atmosphäre in der Fraktion und zwischen den Kollegen ist besser als in manchem Gemeindeparlament“, meint der SPD-Politiker und fügt hinzu: „Das hatte ich gar nicht erwartet; vielmehr hatte ich eine kalte und gleichgültige Stimmung befürchtet.“

Der Sozialdemokrat stammt aus Westfalen, wo bereits seine Eltern als Zigarrenheimarbeiter lebten. Im damaligen Löhne, das erst später mit fünf anderen Dörfern zu Löhne-Obernbeck zusammengefaßt wurde, erblickte er 1932 das Licht der Welt. Nach dem Volksschulbesuch machte er eine Formerlehre und erhielt 1949 den Facharbeiterbrief. Über 30 Jahre lang hat er dann in drei verschiedenen Gießereien gearbeitet. Schnepel: „Ich bin einer der wenigen Abgeordneten, die unmittelbar aus der Firma in den Landtag übergewechselt sind.“

Dabei hat sich der SPD-Mann für die Parteipolitik erst relativ spät engagiert. 1960 faßte er – etwas geschoben von seinem Bruder – den Entschluß, in die SPD einzutreten. Da war er aber bereits 16 Jahre Mitglied der IG Metall. Der SPD-Politiker: „In der IG Metall bin ich seit 1946; 1955 wurde ich zum Vertrauensmann gewählt.“ 1970 stieg er auf zum Betriebsrat.

Das Interesse an seiner Umwelt brachte Karl-Heinz Schnepel dann aber doch in die Politik. 1962 wird er stellvertretender Vorsitzender im Ortsverein Obernbeck, 1975 Ortsvereinsvorsitzender, seit 1977 ist er im Ortsvereinsvorstand. Das Jahr 1964 sah ihn bereits parallel dazu als Ratsmitglied in Obernbeck. Von 1969 an ist er Mitglied im Rat der Stadt Löhne und seit 1975 bis heute erster stellvertretender Bürgermeister von Löhne.

Als die Landtagswahlen 1980 näherrückten, bewarb sich der Westfale Schnepel um ein Mandat. In einer Kampf-abstimmung hat er den Wahlkreis knapp gewonnen und ist mit 54 Prozent direkt in



Karl-Heinz Schnepel (SPD)

den Landtag eingezogen.

Als Neuling mußte er sich erst einmal einen Platz erobern. „In drei Jahren ist das gut machbar“, meint er heute und fühlt sich schon ganz wie ein alter Hase. Der SPD-Mann hat sich inzwischen auf seine besonderen Interessensgebiete spezialisiert: neben den Fragen der Petitionen gehört die kommunale Finanzpolitik dazu. Mit dem Einzug in das Landesparlament hat er seinen Beruf als Former aufgegeben. Schnepel: „Für einen Industriearbeiter gibt es keine Möglichkeit, seinen Beruf weiterzuführen“, meint er und fügt hinzu: „Das macht kein Werk mit, so habe ich eben meinen Job an den Nagel gehängt.“ Jetzt ist Schnepel Voll-Politiker und möchte das auch noch eine ganze Weile bleiben. Zur Zeit beunruhigt ihn die desolote Finanzlage des Landes und der Kommunen besonders und er weiß: „Unsere Finanzen sind nicht so, daß man damit große Erfolgserlebnisse haben kann.“ Schnepel meint, daß es angesichts dieser Situation eben Aufgabe der Parlamentarier in dieser Legislaturperiode sein werde, Bestehendes zu erhalten, statt Neues zu schaffen. Schnepel: „Nehmen Sie den Abbau der Standards und die Auswirkungen auf die Kommunen. Da kann meiner Auffassung nach ein guter Mittelweg gefunden werden zwischen dem, was uns die Finanzlage abfordert und dem neuen Selbstverantwortungsgefühl, das in uns wächst.“ Seiner Meinung nach ist die Landesregierung auf dem richtigen Weg, wenn sie bei der Vereinfachung der Landesvorschriften gegenüber den Kommunen ansetzt. Der Parlamentarier: „Da ließe sich noch eine ganze Menge mehr machen.“ Am Beispiel der Kindergartensituation weist er nach, daß die zu kurz gewordene Finanzdecke auch wieder ihre Vorteile hat, weil sie zur Eigeninitiative antreibt.

Das ist auch genau die Haltung, die dem Privatmann Schnepel entspricht. In seiner Freizeit ist der gelernte Former nämlich ganz mit seinem Haus und Garten beschäftigt. Wenn er nicht über Petitionsakten büffelt, nützt er die Zeit, um im Garten seine Bäume zu schneiden oder Gemüse zu züchten. Schnepel: „Das macht Freude und es entspannt. Etwas anderes brauche ich als Hobby nicht.“ Gerlind Schaidt